
2102/J XXVIII. GP

Eingelangt am 06.05.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Peter Wurm
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Gesundheitsgefährdende Stoffe in Corona-Produkten**

Im Zuge der COVID-19-Krise wurden unter dem Deckmantel des „Gesundheitsschutzes“ zahlreiche Produkte wie FFP2-Masken, Antigen-Schnelltests, PCR-Testkits, Desinfektionsmittel und ähnliche Artikel millionenfach in Österreich verteilt, verkauft oder im Rahmen staatlicher Maßnahmen verpflichtend eingesetzt.

In den vergangenen Jahren sind jedoch vermehrt Berichte aufgetaucht, wonach bestimmte dieser Produkte gesundheitsgefährdende Substanzen enthalten könnten – etwa Formaldehyd, Graphenoxid, Ethylenoxid oder andere chemische Rückstände. Ebenso ist vielfach unklar, aus welchen Ländern diese Produkte stammen, ob sie ordnungsgemäß zertifiziert wurden und welche Kontrollen durchgeführt wurden, bevor sie in Umlauf gebracht wurden.

Gerade im Hinblick auf den umfassenden Einsatz dieser Produkte – auch bei Kindern, Schwangeren oder gesundheitlich vorbelasteten Personen – besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an Transparenz und Aufklärung über gesundheitliche Risiken.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Wurden die im Rahmen der COVID-19-Krise bestellten Masken, Tests und ähnliche Produkte auf gesundheitlich bedenkliche Stoffe untersucht?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
 - b. Wenn ja, von wem?
 - c. Nach welchen Kriterien und auf welche Substanzen wurden die Produkte untersucht?
 - d. Welche Ergebnisse liegen Ihnen vor?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

2. Sind Ihnen Fälle bekannt, in denen Masken, Tests oder ähnliche Produkte aufgrund von Schadstoffen beanstandet und vom Markt genommen wurden?
 - a. Wenn ja, welche Produkte waren in welchem Ausmaß konkret betroffen?
3. Welche Informationen über allergische Reaktionen, Gesundheitsbeschwerden oder Langzeitwirkungen im Zusammenhang mit den eingesetzten Tests, Masken oder Desinfektionsmitteln liegen Ihnen vor?
4. Sind Ihrem Ministerium Fälle von allergischen Reaktionen, Hautreizungen, Atemwegserkrankungen oder anderen gesundheitlichen Beschwerden im Zusammenhang mit diesen Produkten gemeldet worden?
5. Wird Ihr Ministerium rückwirkend eine umfassende Untersuchung zu Schadstoffen in den eingesetzten Produkten durchführen lassen?
6. Welche Konsequenzen zieht Ihr Ministerium aus dem Verdacht, dass Millionen Bürger möglicherweise schadstoffbelasteten Produkten ausgesetzt wurden?